

# Nordumfahrung Plessa Protest hält an – Planer arbeiten gegen 93 Prozent der Plessaer und Kahlaer

Laut einer Umfrage des Amtes Plessa bei Haushalten und Firmen will eine deutliche Mehrheit die Südumfahrung. Andere möchten überhaupt keine neue Straßen mitten durch die Landschaft. Die Bürgerinitiative hat einen neuen Partner.

13. Dezember 2022, 17:00 Uhr•Plessa/Kahla

Ein Artikel von

VRS



Trotz wärmendem Feuer war die Beratung der Bürgerinitiative in Kahla-Waldeslust unter freiem Himmel keine entspannte Adventrunde. © Foto: VRS

Im Fall der umstrittenen Nordumfahrung der Bundesstraße B169 um Plessa ist jetzt neuer Dampf im Kessel: Das Wort „Gebäudeabbruch“ ist in den Entwurfsplanungen entdeckt worden. Dies teilte Kristin Schröder-Grahle von der Bürgerinitiative zur Verhinderung der Nordumfahrung während des jüngsten Freilufttreffens in Kahla-Waldeslust mit. Es soll sich um Nebengebäude handeln, die für die Trasse zwischen Eisenbahn und Wohnhäusern in Waldeslust im Weg stehen sollen.

Anfangs habe es von den Planern geheißt, dass keine Gebäude für die neue Straße abgerissen werden müssen. Betroffene und Gegner der [Nordumfahrung Kahla/Plessa](#) sehen das Vertrauensverhältnis noch mehr gestört. Der Bitte der Bürgerinitiative gegenüber dem Bundesverkehrsministerium nach einer Ortsbegehung sei nicht nachgekommen worden.

## Wiederholte Kritik aus Plessa am Umweltfrevl

„Das hat alles ein Geschmäcke. Die Arroganz der Politik ist unglaublich. Alle sehen die Kostenunterschiede und die offensichtlichen Fehler. Trotzdem wird weiter gebohrt, geplant und Steuergeld verschwendet“, schimpft [Plessas Bürgermeister Gottfried Heinicke](#). Nicht nur er sieht die Vorteile hinsichtlich Kosten und Umwelt bei der Südumfahrung. Käme, wie geplant, die Nordvariante, dann sollen immerhin 10,6 Hektar Wald gerodet werden.

„Hier liegen zahlreiche Dinge klar auf der Hand, die gegen die Nordumfahrung sprechen. In öffentlichen Erklärungen der Politik ist auf allen politischen Ebenen jedes zweite Wort NACHHALTIGKEIT. Was hier mit der Vernichtung von Wald geschehen soll, steht in absolutem Widerspruch dazu“, kommentiert [Amtsdirektor Göran Schrey](#).

Von dem Verwaltungsoberhaupt des Amtes Plessa werden Zahlen aus dem aktuellen Dorfentwicklungskonzept der [Gemeinde Plessa](#) zitiert, in dem bei einer repräsentativen Umfrage 300 Haushalte und zahlreiche Firmen auch zu der Problematik Ortsumfahrung befragt wurden. Demnach seien 70 Prozent für die Südumfahrung und 23 Prozent wollen gar keine Umfahrung. Dies seien 93 Prozent, die sich gegen die Nordumfahrung aussprechen, rechnet Göran Schrey vor. Eine überragende Mehrheit stehe demnach hinter der Bürgerinitiative.

### **Auf- und Abfahrt liegt weit weg**

Die jüngsten Planungsvarianten sehen auch einen Brückenbau bzw. eine Untertunnelung der angrenzenden Bahntrasse vor. Für die [Siedlung Neue Heimat](#) ist offenbar gar keine unmittelbare Zu- und Abfahrt vorgesehen. Die Bewohner müssen vor den Toren von Plessa die künftige Umfahrung verlassen oder können erst dort auffahren. An einigen Stellen verläuft die neue Trasse unmittelbar an den Fenstern zu Wohnhäusern und damit näher, als das bei der derzeitigen Ortsdurchfahrt durch Plessa der Fall sei.

In der öffentlichen Runde werden weitere negative Umweltaspekte der vorgesehenen Nordumfahrung angeführt. Durch das Befahren des Hügels in Richtung [Döllingen](#) steigen Spritverbrauch und Abgase. Die Schallbelastung der hoch gelegenen Strecke werde Tag und Nacht über das Schradental getragen, wird vermutet.

Im Moment versuche die Bürgerinitiative die [DB Netz](#) Süd-Ost und damit die Bahn mit ins Boot zu holen. Ein erarbeiteter Fragenkatalog soll Antworten bringen - zu Trassenabständen und unter welchen Voraussetzungen Kreuzungsbauwerke entstehen dürfen.

### **Naturschutzbund neuer Partner der Bürgerinitiative**

Unterstützung gibt es zukünftig auch vom [Nabu Brandenburg](#). Bei dem Treffen in Kahla war der Vorsitzende vom Regionalverband Senftenberg und Vertreter im Landesverband, Karl-Heinz Marschka, dabei. Der Nabu beabsichtige mit seiner Klagebefugnis juristischen Druck gegen das Vorhaben aufzubauen. Die Abholzung des Waldes, die Vernichtung von Gen-Reserven einer Lindenart, der Artenschutz und die Argumente der Forstwirtschaft seien hochproblematisch mit Blick auf das Straßenprojekt, so Karl-Heinz Marschka.